

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Michael Kunze
Vertreterin Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Vertreterin Antje Johanna Kloster
Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart

Schülervertretung

Schülervertreter René Gommers

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

Gastgebende Schule

Frau Mlodzian, Rektorin

Gäste

Ratsfrau Christina Heide
Ratsherr Helmut Möhle
Stadtelternrat, Herr Hansmann
Schulleitungen Frau Fahnster (IGS), Herren Fikus (Grundschule Hafenschule), Huiskens (BBS), Pommer (OBS Stadtmitte) und Stöver (Marion-Dönhoff-Schule)

Verwaltung

Frau Burmeister
Herr Feist
Herr Mertens
Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 21.09.17
- 3 Genehmigung der Tagesordnung und Übergabe einer Unterschriftensammlung
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Wirtschaftsplan GGS 2018 (Vorlage Nr. 274/17)
- 5 Vorlage an den Schulausschuss
- 5.1 Arbeitsgemeinschaft Schulentwicklungsplanung - Antrag an den Schulausschuss
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Informationen durch die Grundschule Finkenburg
- 6.2 Bericht des Stadtelterrates zu aktuellen Themen
- 6.3 Information zum Anteil nichtkatholischer SchülerInnen an der OBS Franziskusschule
- 6.4 Anfrage zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusion

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 21.09.17

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 21.09.17 wurde bei einer Enthaltung genehmigt.

- 3 Genehmigung der Tagesordnung und Übergabe einer Unterschriftensammlung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

Anschließend übergab **Frau Marxfeld** eine Sammlung von ca. 350 Unterschriften an **Frau Weinstock**. Dabei verwies **Frau Marxfeld** auf das Fehlen einer Sporthalle bei der Grundschule Finkenburg und die damit nötigen Schülerbeförderungen und Fußwege zu Sporthallen anderer Schulstandorte. **Frau Weinstock** gab an, die Angelegenheit mit dem Stadtbaurat Herrn Leinert zu besprechen.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Wirtschaftsplan GGS 2018 (Vorlage Nr. 274/2017)

Einleitend wies **Herr Mertens** darauf hin, dass es sich bei der Vorlage zunächst um den Entwurf der Verwaltung handle, der vom Rat noch verändert werden könne. Der Bereich Schulen in diesem Wirtschaftsplan wurde nachfolgend von **Frau Burmeister** erläutert. Gleichzeitig beantwortete **Herr Mertens** dabei die schriftlich eingereichten Fragen des Stadtelternrates bei den entsprechenden Punkten.

Auf Nachfragen von **Herrn Burkhardt** und **Herrn Kunze** zu den Differenzierungsräumen an der OBS Stadtmitte erläuterte **Herr Mertens** die Pläne der Architektin, wonach nun durch die Trennung mittels mobiler oder fester Wände in Abstimmung mit der OBS Stadtmitte statt acht nun die doppelte Anzahl von Räumen geschaffen werden könne. Nach Worterteilung bestätigte **Herr Pommer**, Leiter der OBS Stadtmitte, dass die OBS diese Pläne begrüße. **Herr Möhle** bemängelte, dass die Politik nicht in diese geänderten Pläne einbezogen wurde und hält ein Abweichen vom Herforder Modell nicht für richtig. **Herr Hansmann** äußerte die Sorge, dass diese Räume später zu allgemeinen Unterrichtsräumen umgewidmet werden. **Herr Feist** machte deutlich, dass das Herforder Modell am Standort in der tom-Brok-Str. 15 nicht 1:1 umgesetzt werden könne. Hinzu wies er auf den hohen Zeitdruck und die sich ändernden Rahmenbedingungen hin und hielt die vorgenannte Planung für eine gute architektonische Lösung. **Herr Gommers** forderte, hier zu berücksichtigen, dass die Schule diese Lösung so umsetzen lassen möchte. **Herr Feist** verwies auf den engen Dialog mit der OBS.

Frau Breuer hinterfragte, ob man Landeszuschüsse für bestimmte Schulmaßnahmen in andere Schulprojekte übertragen könne. **Herr Feist** verwies auf die Zweckgebundenheit der Mittel aus dem Integrationsfond, weshalb die Mittel hier für die nötigen Räumlichkeiten verwendet werden dürfen. Die entsprechenden Anträge seien in Vorbereitung.

Mit Bezug auf die Eintragung zum Fahrradstand am NGW bat **Frau Marxfeld** zukünftig um genauere Hinweistexte in den Eintragungen.

Nach Worterteilung erklärte **Herr Stöver**, Leiter der Marion-Dönhoff-Schule, einige von GGS bereits auch zur energetischen Sanierung erledigte Maßnahmen in seiner Schule. Es sei aber nicht akzeptabel, dass mit den Maßnahmen zu den Fenstern erst 2021 begonnen werde. **Herr Feist** verwies auf die Kapazitätsgrenzen, nur ein bestimmtes Volumen sei abarbeitbar. Über die Bauunterhaltung werden Dinge auch sofort angegangen. Dabei verwies er auch auf die Priorisierung der Differenzierungsräume an der OBS Stadtmitte. Auf Vorhalt von **Herrn Hansmann** zur fehlenden Planung erklärte **Frau Burmeister**, dass zzt. der Wirtschaftsplan 2018 erstellt werde und für die Folgejahre eine mittelfristige Finanzplanung erfolge. Dabei werde auch die evtl. Verschiebung von Priorisierungen berücksichtigt und trotz fehlender Summeneintragung können Maßnahmen in Angriff genommen werden. **Herr Feist** verwies nach der Forderung von **Herrn Hansmann**, entsprechende Summen bereits zu darzustellen, auf die in 2018 beginnende Sachdiskussion zur Erstellung des Wirt-

schaftsplanes 2019, in dem dann auch die entsprechend nötigen Zahlen in den Wirtschaftsplan eingetragen werden. **Herr Burkhardt** vermisste mit Hinweis auf das bekannte bauliche Defizit und die zu erwartenden immensen Kosten ein Konzept zur baulichen Sanierung der Marion-Dönhoff-Schule. **Frau Kloster** riet ebenfalls zur Eintragung der Kosten, selbst wenn es sich zunächst nur um Schätzungen handle. **Frau Zaage** verwies auf den Umstand, dass GGS trotz fehlenden Personals gute Arbeit leiste. Ohne genügend Personal können viele Dinge, wie z. B. Kostenschätzungen nicht zeitnah erfolgen. Auch **Herr Möhle** verwies auf die personelle Situation und machte dabei auch die finanzielle Grenze deutlich. **Herr Burkhardt** forderte, dass die Stadt für das nötige Personal Sorge, ggf. unter Zahlung höherer Entgelte.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** erklärte **Herr Mertens**, dass die städtische Datenverarbeitung (SDW) kein Gesamtkonzept für alle Schulen entwickle, sondern jede Schule für sich ein Medienkonzept erarbeite und anschließend SDW entsprechend tätig werde.

Auf Hinweis von **Herrn Hansmann** zum fehlenden Konzept der Schulhofgestaltung erklärte **Herr Feist**, dass zunächst eine Analyse der Schulgelände vorgenommen und im SchA vorgestellt wurde. Nun seien Mittel im Wirtschaftsplan enthalten und es müsse noch die Reihenfolge der zu gestaltenden Schulgelände festgelegt werden. **Herr Burkhardt** gab an, dass man doch hier im SchA über die Priorisierung und das Konzept entscheide. Standards sollen im SchA besprochen werden, erste Ansprechpartner seien die Schulen selbst, so **Herr Feist**. Je Schulstandort werde es mit Blick auf die jeweiligen Besonderheiten (u. a. Flächengröße, Schulprogramm) sehr unterschiedliche Lösungen geben.

Frau Burmeister erläuterte, dass i. R. des Aufwands (und nicht im Investitionsplan) Planungskosten berücksichtigt werden. Das greife z. B. bei zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung noch nicht bekannten Maßnahmen. Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** erklärte **Herr Feist**, dass das Land für die Jahre 2017 und 2018 2,5 Millionen € mittels Bewilligungsbescheid über den Integrationsfond zur Verfügung stelle. Der bereits geklärte Mittelbedarf werde noch in 2017 beantragt. Die Koalitionsverhandlungen, welche z. B. auch den Familiennachzug zu Flüchtlingen klären könne, wirken sich auch auf die Planungen im Grundschulbereich aus. Die Mittelbeantragung für den Grundschulbereich erfolge daher erst in 2018.

Frau Weinstock forderte zur Abstimmung über die Vorlage 274/2017 auf. Die Vorlage wurde bei drei Enthaltungen angenommen.

Auf die Vorlage 274/2017 und den Wirtschaftsplan von GGS für 2018 sowie die Anlage „Antwort_Anfrage_StER_1017,“ wird verwiesen.

5 Vorlage an den Schulausschuss

5.1 Arbeitsgemeinschaft Schulentwicklungsplanung - Antrag an den Schulausschuss

Der Antrag zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Schulentwicklungsplanung wurde von **Frau Weinstock** vorgestellt.

Herr Dr. von Teichman erklärte, der Rat sei für die Einrichtung von Ausschüssen und Unterausschüssen zuständig. Außerdem wäre bei antragsgemäßer Besetzung der AG der SchA dort nur mit zwei Mitgliedern vertreten, was dann kein Abbild des Rates mehr darstelle. Die FDP-Fraktion sei grundsätzlich für die Einrichtung dieser AG, es dürfe aber nicht zu einer Verlagerung sämtlicher Themen aus dem SchA in die AG kommen. Der Rat und die Ausschüsse, so **Herr Dr. von Teichman**, tagen aus gutem Grunde öffentlich, insbesondere strittige Themen müssen öffentlich bleiben. In der AG könne nur eine Vorbesprechung mit anschließender öffentlicher Beratung im SchA erfolgen.

Frau Weinstock gab an, dass die AG öffentlich tagen solle, woraufhin **Herr Feist** auf die frühere AG-SEP verwies, die Vorschläge gemacht habe, die anschließend im öffentlichen Teil des SchA diskutiert wurden. Auch **Herr Mertens** warb für eine fachliche Vorbereitung der Themen des SchA und gab an, dass der Antrag aus Verwaltungssicht so verstanden wurde, dass kein Unterausschuss gebildet werden solle. Dies wurde von **Frau Weinstock** bestätigt.

Auf Hinweis von **Herrn Seidel**, dass alle SchA-Mitglieder eingeladen werden sollten, schlug **Frau Weinstock** vor, die im Antrag festgelegte Zahl von zwei Mitgliedern zu streichen. **Frau Breuer** stellte in Frage, ob dann die AG noch arbeitsfähig sei und schlug vor, dass jeweils ein Fraktionsmitglied als festes AG-Mitglied fungieren könne. **Frau Kloster** sprach sich dafür aus, dass in der AG die Beschlüsse des SchA vorbereitet werden. **Herr Feist** hob den Wunsch der Verwaltung hervor, in der AG komplexe und unklare Sachverhalte vorab zu strukturieren. Auch unter diesem Aspekt sei eine personelle Kontinuität wichtig. **Herr Dr. von Teichman** sprach sich dafür aus, nicht jedes x-beliebige Thema in der AG zu erörtern.

Anschließend zählte **Frau Weinstock** die im Antrag weiter vorgesehenen AG-Teilnehmer auf. **Herr Dr. von Teichman** schlug vor, dass die Vertretungen der Schulen nur teilnehmen sollten, wenn die jeweiligen Tagesordnungspunkte sie auch betreffen.

Frau Breuer verwies auf die notwendige personelle Kontinuität, so könnten in den Fraktionen Themen bezogene Zuständigkeiten erfolgen. **Frau Weinstock** schlug vor, auf der konstituierenden Sitzung die personelle Besetzung der SchA-Mitglieder zu klären. **Herr Dr. von Teichman** zeigte sich überzeugt, dass bis zur ersten Sitzung die Fraktionen die AG-Mitglieder benennen können.

Als ersten Sitzungstermin der AG schlug **Frau Weinstock** den 16.11.17 um 15:00 Uhr vor. Die Einladung solle per e-mail erfolgen. Dieser Termin wurde allgemein akzeptiert.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** zum ersten AG-Thema, gab **Herr Seidel** an, dass der SchA die AG mit Themen beauftragen solle. **Herr Feist** nannte als aktuelles zentrales Thema die zu klärenden nötigen Raumbedarfe im Grundschulbereich und der Oberschulen. Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** gab er an, könne es bis zum 16.11.17 keine konkreteren Informationen und Fakten hierzu ge-

ben, jedoch müssen die möglichen Szenarien besprochen werden. Abschließend setzten sich **Herr Feist** und **Herr Hansmann** für die Fachöffentlichkeit der AG ein.

Frau Weinstock rief zur Abstimmung über den Antrag auf. Zunächst wurde einstimmig die Einrichtung dieser AG beschlossen. Danach wurde bei einer Enthaltung der Termin 16.11.17, 15:00 Uhr, die Fachöffentlichkeit und der Tagesordnungspunkt „zukünftige Raumbedarfe im Grundschul- und Oberschulbereich unter Einbeziehung der Zuwanderungszahlen“ beschlossen.

Auf den Antrag zur Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft Schulentwicklungsplanung wird verwiesen.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Informationen durch die Grundschule Finkenburg

Frau Mlodzian, Rektorin der Grundschule Finkenburg, stellte ihre Schule vor. Einleitend ging sie dabei auch auf die Inklusion ein und wie diese an der Finkenburgschule gelebt werde. Ihre Schule sei zweizügig, jedoch stehe für die acht Klassen nur ein Differenzierungsraum zur Verfügung.

Die drei Punkte der täglichen Arbeit der Schule erläuterte **Frau Mlodzian**: Jedes Kind wird gefördert, jedes Kind wird auf den individuellen Lernwegen begleitet, mit Achtsamkeit und Respekt wird ein Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung geleistet.

Erneut machte **Frau Mlodzian** deutlich, dass an ihrer Schule Differenzierungsräume fehlen. Notgedrungen finde Differenzierung auch in den Fluren statt. Es fehle auch Raum für die Verlässlichkeit und den Sprachunterricht. **Frau Mlodzian** hob auch hervor, dass das Schulgelände Bewegungsfreude vermitteln müsse, was hier mit Blick auf die große Asphaltfläche nicht der Fall sei. Abschließend wies sie auf die veralteten WC-Anlagen hin.

Herr Burkhardt nahm die Hinweise von **Frau Mlodzian** auf und erfragte, warum die Versäumnisse in den letzten drei Jahren nicht behoben wurden. **Herr Feist** entgegnete, dass in den vergangenen Jahren 40 Millionen € in die Schulen geflossen seien und zuletzt auch Herr Oberbürgermeister Wagner und Herr Stadtbaurat Leinert auf die Obergrenze des Machbaren hinwiesen. **Herr Hansmann** zweifelte die Investitionen in die Schulen nicht an, forderte aber eine konzeptionelle Vorsorge durch die Stadt, damit räumliche Missstände gar nicht erst eintreten. Auch wies er auf darauf hin, dass andere Schulstandorte ebenso noch Differenzierungsräume brauchen.

Herr Mertens erläuterte die Situation zum Sportunterricht an der Grundschule Finkenburg: Der hiesige Bewegungsraum sei nie eine Sporthalle gewesen, aber ggf. in früheren Jahren unrechtmäßig dazu benutzt worden. 1992 sei der Raum zwecks Kompensation der damaligen Herbartschule als Gymnastikraum eingerichtet worden. Die nicht vorhandene Sporthalle habe zur Konsequenz, dass Schüler zum Sportunterricht zu den Grundschulen Voslapp oder Sengwarden befördert werden oder zur Schulsporthalle an der Warthestraße laufen müssen. Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** erläuterte **Frau Mlodzian**, dass Sport in Doppelstunden unterricht-

tet werde und durch die Fahrtzeit Unterrichtszeit verloren gehe.

Auf die Anlage „FiBU November 2017“ wird verwiesen.

6.2 Bericht des Stadtelterrates zu aktuellen Themen

Herr Burkhardt berichtete aus der Sitzung des Stadtelterrates vom 26.09.17. Inhalte seien dabei folgende Themen gewesen: Weiterbildungsmöglichkeiten der Elternräte, Baumaßnahmen in den Schulen, Schülerbeförderung i. R. des Sportunterrichts, das Fehlstundenportal und das Arbeitsgespräch mit der Politik. Es habe sich in der Sitzung feststellen lassen, so **Herr Burkhardt**, dass die Elternschaft allgemein unzufrieden mit der jetzigen Schulhofgestaltung, der Lehrerversorgung und der baulichen Entwicklung der Schulen sei.

6.3 Information zum Anteil nichtkatholischer SchülerInnen an der OBS Franziskusschule

Die Genehmigung des Kultusministeriums (MK) zur Erhöhung des Anteils nichtkatholischer Schüler an der OBS Franziskusschule liege inzwischen vor, berichtete **Herr Hofmann**. Diese gelte zunächst nur für zwei Schuljahre – entgegen dem Beschluss 72/2017 (darin: fünf Schuljahre, also 2017/18 bis 2022/23). Als Begründung dafür habe das MK laut Schulstiftung St. Benedikt die zzt. schwierigen Schülerzahlprognosen aufgeführt. Die Schulstiftung halte an der mit der Stadt vereinbarten Regelung fest und wolle auch für die Folgeschuljahre die Quote erhöht wissen.

6.4 Anfrage zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusion

Auf Anfrage von **Herrn Burkhardt** zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusion (RZI) teilte **Herr Mertens** mit, sei durch die Landesschulbehörde Herr Fikus (Rektor der Grundschule Hafenschule) zum Leiter der Planungsgruppe ernannt worden. Die erste Sitzung solle Mitte/Ende November 2017 stattfinden.

B Nichtöffentlicher Teil